

presse

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Zum wiederholten Mal nur Ankündigungen

*Aus Anlass des gestern von Familienministerin Schröder vorgestellten Familienmonitors 2010 erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Caren Marks**:*

Das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf bewegt nach wie vor Frauen und Männer, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt. Der Monitor Familienleben 2010 liefert hierzu keine neuen Erkenntnisse. Neu ist auch nicht, dass Lösungen seitens der Familienministerin sich in Ankündigungen und halbherzigen Initiativen erschöpfen.

Aber was Familien brauchen, sind nicht Ankündigungen, Initiativen und Zielformulierungen sondern endlich Taten der Bundesregierung. Entsprechende Gesetze müssen auf den Weg gebracht werden.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann nur gelingen, wenn die Kinderbetreuung schnell und verlässlich ausgebaut wird. Denn dies ermöglicht Eltern, eine Berufstätigkeit entsprechend den eigenen Notwendigkeiten ausüben zu können. Die von vielen Familien gewünschte Ganztagsbetreuung ist bei der Familienministerin kein Thema.

Angekündigt wird eine Initiative zu flexiblen Arbeitszeiten. Sie soll gemeinsam mit der Wirtschaft gestartet werden. Eine Lösung wird sie nicht bringen, dies lehrt die Erfahrung aus bisherigen Vereinbarungen und Initiativen.

Mehr Zeit für Familie durch - nach wie vor überwiegend weibliche - Teilzeitarbeit? Nur eine "Große Teilzeit", eine vollzeitnahe Teilzeitarbeit von 30 Wochenarbeitsstunden und mehr, wird langfristig dazu führen, dass teilzeitarbeitende Frauen nicht weiter die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt und in der eigenen Existenzsicherung sein werden. Und es

bedarf eines gesetzlichen Mindestlohnes, damit die Entscheidung für Teilzeitarbeit kalkulierbar wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich auch nach wie vor für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf einsetzen. Aber das Modell der Familienministerin hilft vielleicht manchen Versicherungen, nicht aber den betroffenen Familien.

Familienpolitik bedarf sinnvoller Taten und nicht unsinniger Ankündigungen.